



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Reichsmark Todes- und Verfallungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die Lohnbestimmungen des Schriftgießertarifs allgemeinverbindlich.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Tarifabteilung) Nr. IV 1424/180. Berlin NW 40, Scharnhorststr. 35, den 21. Juli 1927.

Entscheidung.

Der nachstehende Schiedsspruch wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Befehles vom 23. Januar 1923 („Reichsgesetzblatt“ S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien
 - a) auf Arbeitgeberseite: Verein deutscher Schriftgießereien e. V., Leipzig.
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralkommission der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands für den Verband der Deutschen Buchdrucker und den Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.
2. Abgeschlossen am 31. März 1927 (angenommener Schiedsspruch); Nachtrag zum allgemeinverbindlichen am 1. März 1926 in Kraft getretenen Reichstarifvertrage nebst Änderungen vom 1. Februar 1927.
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbl. Arbeiter in reinen Schriftgießereien und Messinglinienfabriken (im Umfange des § 1 des Tarifvertrages).
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 15. Mai 1927.

Dr. Syrup.

7136

8286

Eingetragen am 22. Juni 1927 auf Blatt

Nr. 6 des Tarifregisters.

Der Registerführer: Sprengel

Am Quatlasen des Lebens.

Alter Pfunder, den die Revolution 1918 zu begraben vergaß.

Man fühlte sich in das schwärzeste Mittelalter versetzt, als man die Aufrechnung der Leistungen an die ehemaligen Ständesherrn zu Gesicht bekam. Das deutsche Volk hatte bis 1918 nicht nur den ganzen Reich der regierenden Fürsten mit Nebenlinien und Gefolge zu ernähren, sondern auch die sogenannten Ständesherrn mit ihren Ausläufern. Es waren ungeheure Summen, aus dem Schweiß des arbeitenden Volkes gemünzt, die den Herren ihres Standes die Jahrzehnte, ja Jahrhunderte hindurch zufließen. Die Novemberrevolution 1918 hatte es leider unterlassen, mit diesem alten Schutt ganz gründlich aufzuräumen. Weil diese verabsäumt wurde, erhielten die Nachkommen der früheren Raub- und Strauchritter auch nach 1918 ihre Renten. Zahlte doch sogar Preußen nach der Währungsstabilisierung an 16 Fürstenlinien die ungeheure Summe von 2.289.528,69 Mark aus. Davon erhielt allein der ehemalige Landgraf von Hessen die Summe von 963.900 Mark. Worauf teilten die Pensionäre einer mehr als weicherzogenen Republik ihre Ansprüche? Auf Verträge, die seit dem Jahre 1754 mit Preußen abgeschlossen wurden. Da gibt es Verträge auf Gewährung von „Sonderrenten“, zugesichert für den Verlust der Landeshoheit; „Ständesherrliche Renten“, zugesichert auf Grund des Verzichtes den durch Artikel XIV der Wiener Bundesakte vom 8. Juni 1915 gewährtesten und im Anschluß daran in den deutschen Ländern geregelten „Ständes-

herrlichen Zustand“; „Reichschlußmäßige“ oder „Rhein-Ottroi-Renten“, zugesichert für den Verlust nutzbarer Regalien (z. B. der Zollhoheit, der Zollhoheit, des Rechts auf Abgaben und Dienste der Untertanen, des Judentums, der Patrimonialgerichtsbarkeit, der Leibeigenschaft als solcher, des Rechts zum Sammeln auf Lumpen; Apantagen, zugesichert zur Unterhaltung nachgeborener Prinzen; Entschädigungsrenten, zugesichert zwecks Schadloshaltung für die durch die politischen Ereignisse der Jahre 1848 bis 1866 erlittenen Vermögensverluste. — Man faßt sich an den Kopf und fühlt sich in ein Karrenhaus versetzt, daß die Bürger einer Republik 100 Jahre nach Aufhebung ehemals verbrieft Rechte des schwärzesten Absolutismus die Nachkommen der damaligen Herren entschädigen sollen. Dennoch ist die Sache wirklich ernst. Will doch der derzeitige Reichsjustizminister diese Ansprüche mit 25 Prozent aufwerten. Wir trauen dem gegenwärtigen Reichstag nicht viel zu. Aber es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn er die Aufwertung von Gehältern, wie das Recht auf Sammeln von Lumpen festsetzen sollte. Das Recht auf Sammeln von Lumpen soll den blaublütigen Herren und Damen nicht genommen werden. Wir sind überzeugt, daß jede Arbeiterfrau ihre Lumpen gerade solchen Sammlern gern überantworten würde. Aber damit sollte es sein Bewenden haben. Die Revolution von 1918 vergaß alten müstigen Pfunder zu begraben. Möge dies wenigstens jetzt bald nachgeholt werden.

Das gestohlene Petroleum.

Die öffentliche Weltmeinung hallt von den Kämpfen um das russische Petroleum wider. Bekanntlich ist das Del eines der Trümper der neueren imperialistischen Politik. War das Ziel des alten Imperialismus, wie es nach den Mächtern der wilhelminischen Epoche vor Augen stand, die Herrschaft über möglichst große Menschenmassen, so geht heute das Bestreben um die Beherrschung von wichtigen industriellen Rohstoffen. Erdöl, Gummi, Baumwolle, Kupfer, Sinalban, Eisenerde, das sind einige der Rohstoffe, die im Mittelpunkt des Kampfes stehen. Die Motorisierung des Verkehrs, das Vordringen des Delmators in der Schifffahrt usw. haben das Erdöl in den Mittelpunkt gerückt. Die beiden Weltmächte im Reiche des Petroleums sind zwei große Trusts: die Standard Oil Company (Rockefellertrust) und die Koninklijke-Shell-Gruppe (englisch-holländischer Trust). Beide haben seit der Konferenz in Genua um die Gunst der Sowjets gebuhlt. Nun sind sie in Streit geraten, weil eine Tochtergesellschaft der Standard Oil Co. mit den Russen einen Lieferungsvertrag abgeschlossen hat. Der Häuptling der anderen Seite, Deterding, ein Holländer, der die englische Staatsbürgerschaft erworben, war erboht darüber und schleuderte das Schlagwort vom gestohlenen Del in die Welt. Die Sowjetleute seien nicht die rechtmäßigen Besitzer der Petroleumquellen in Rußland, sondern diese wären den eigentlichen Besitzern, den englischen, holländischen und amerikanischen Kapitalisten, weggenommen worden. Wer diese Diebe unterstütze, sei der Schrittmacher des Bolschewismus und fördere deren Ziele. Deterding ruft zu einem Kreuzzug gegen das heutige Rußland auf. Allerdings zu einem Kreuzzug, der nicht mit dem Schwert, sondern mit goldenen Kugeln geführt werden soll. Man will verhindern, daß Rußland seine Delprodukte gegen wertbeständige Devisen abzusetzen in der Lage ist. In Wirklichkeit ist dieser Streit um das russische Del ein Kampf zwischen Amerika und England um die Beherrschung der Welt, der durch die Feindschaft zwischen England und Rußland eine besondere Note erhält. Die Arbeiterklasse wird sich hüten, zwischen Rockefeller und Deterding Partei zu ergreifen. Mögen sich diese Multimillionäre nur ruhig in den Haaren liegen. Aber es gilt, dieses Spiel zu durchschauen und es als einen Eroberungszug des Weltkapitals zu kennzeichnen.

Die Majestät im Spielhörschen.

In Rumänien hat der König Ferdinand das Zeitliche gesegnet. Das ist an sich nicht bedeutungs-

Dennoch traten mit dem Tod dieses Königs allerhand komische Dinge zutage. Ferdinand war ein Abkömmling der Hohenzollern. Bei dem reichen Kinderlegen, dessen sich die deutschen Fürstenfamilien erfreuen konnten — sie brauchten für deren Unterhaltung ja nicht aufzukommen —, haben sie in der Vorkriegszeit, wo das Gottesgnadentum noch in der Blüte stand, überall dort, wo ein König oder ein Prinz gebraucht wurde, die Lücken ausgefüllt. Das deutsche Volk war großzügig genug, solche Exportartikel unter dem Selbstkostenpreis abzugeben. Auch Rumänien hat sich einen Hohenzollernprinzen geholt. Dieser, Karl mit Namen (auf rumänisch Carol), war kinderlos, weshalb er seinen Neffen nach der Wüste nachkommen ließ. So vertauschte Ferdinand seine süddeutsche Heimat mit dem Balkan. 27 Jahre verbrachte er das Schattendasein eines Thronfolger. Als solcher war er dem Einfluß des Königs unterworfen. Den größten Einfluß übte aber seine Frau auf diesen willensschwachen Menschen aus. Sie soll unter den Frauen der internationalen Fürstenfamilie die schönste gewesen sein. Die Königin Marie war die Tochter des Herzogs Alfred von Sachsen-Coburg-Gotha. Dieser wiederum war ein Sohn der Königin Viktoria von England und des Herzogs von Edinburgh. Ihre Mutter war die ehemalige Großfürstin Maria Alexandrowna, eine Schwester des Zaren Alexander III. Obwohl also eine deutsche Prinzessin, hat diese Marie von Sachsen-Coburg sich stets als Engländerin gefühlt und in diesem Sinne ihren Einfluß auf den schwächlichen König ausgeübt. Nicht zuletzt deshalb kollagierte dieser Hohenzollern 1916 den Eintritt in den Krieg gegen die Mittelmächte. In einer Erbmonarchie muß der älteste Sohn die Krone erben. Über der rumänischen Kronprinz Carol war in eine Liebesaffäre verwickelt. Etwas ähnliches war auch seinem Vater einmal passiert. Es scheint also eine erbliche Belastung vorzuliegen. Carol mußte aber ob dieses Verbrechens außer Landes gehen. Infolgedessen geht die Krone auf den ältesten Sohn Michael über, der heute kaum 6 Jahre alt ist und lieber mit einem Gummiball als mit Krone undzepter hantiert. Desto ungarterter kann die wirklich tonangebende Dynastie Rumaniens, die der Bratianus, regieren. Bratianu ist der Diktator des Landes, wie dies bereits seine Väter waren. Die heute 52jährige Königin, die Großmutter des jetzigen Königs, ist seine treue Gehilfin. Er ist es auch, der die Rückkehr Carols verhindert. Bis der kleine Michael grobjährig ist, vergehen einige Jahre, und diese Zeit kann ausgenutzt werden, um die Herrschaft des ehrgeizigen Bratianu fortzusetzen und zu befestigen. Für das rumänische Volk wäre es besser, wenn es sich nicht solche Komödien von der Majestät im Spielhörschen vorspielen ließe, sondern mit den legitimen und geheimen Herrschern aufräumte und sein Schicksal selbst in die Hand nehme.

Er hat es geschafft.

Harry Domela ist zum Film gegangen. Er kam im Flugzeug von Köln nach Berlin. Man hat sich den Kopf zerbrochen, wie ein Landstreicher dies möglich machen konnte. Aber unsere auf Sensationen gestellte Welt hungert nach solchem Material. Deshalb kommt Domela für die Schilderung seines Lebens und seiner Streiche ein Honorar von 20.000 Mk. einstecken. Das reicht für eine Zeit. Die Filmdirektoren überhäufeten ihn mit Anträgen, ihn als Schauspieler zu gewinnen. Auch diese Tätigkeit wird nicht gering belohnt werden. Zumal solche Filme eine gewisse Zugkraft haben werden, wo die Hohenzollernspielver in Thüringen verbohnapieplekt werden. Für den falschen Hohenzollernprinzen ist jedenfalls die soziale Frage gelöst. Er braucht nicht mehr auf die Landstraße zu gehen, trumme Wege, die ihn mit dem Strafgesetz in Konflikt bringen, braucht er nicht mehr zu besorgen. Somit beginnt für ihn ein vollständig neues Leben. Auch der Schuster Voigt, der Hauptmann von Cpenick, war nach seinem Streich für den Rest seines Lebens versorgt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß solche Streiche Schule machen. Ist doch die patriotische Dummheit ein Gebiet, welches reichliche Chancen bietet. Somit wird noch mancher sein Glück versuchen, zumal es, wie Figura zeigt, so außerordentlich lohnend ist.

Weltpolitik.

Der Weltfriede in Gefahr.

Rußlandfrage. — Rüstungen. — Faschistisches Vordringen. — Imperialismus.

Wieder ist die Luft von Kriegsvorbereitungen und Kriegsrüstungen schwanger. Der Bruch Englands mit Rußland hat die Kriegsgefahr von neuem in die Nähe gerückt. Man kann mit aller Wahrscheinlichkeit behaupten, daß die englische Regierung den Bruch mit Rußland im gegenwärtigen Augenblick nicht aus außenpolitischen Gründen und nicht einmal infolge der chinesischen Ereignisse, sondern mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage herbeigeführt hat. Die konservative Mehrheit im Lande ist im Schwanden, eine jede Nachwahl zeigt dafür, wie sehr sie in der Gunst der Massen zurückgezogen; die Regierung braucht, um den Bestand der konservativen Partei zu sichern, ein Schlagwort, das bei den Wahlen noch zu ziehen und das aufwendende Gestirn der Arbeiterpartei wieder zu verflimmern vermöchte: der Kampf gegen den Bolschewismus. Die Regierung wollte sich gegen die künftigen Erfolge der Arbeiterpartei auch durch eine Reform des Oberhauses sichern, derzufolge das konservative Oberhaus in die Lage verkehrt worden wäre, die Beschlüsse des Unterhauses dauernd zu vereiteln. Der Versuch ist infolge der ablehnenden Stimmung der großen Massen mißlungen, er wurde jedoch noch nicht endgültig aufgegeben. Um so mehr muß die antisowjetistische Propaganda fortgesetzt werden, und sie wird aus innerpolitischen Gründen vor Ablauf der nächsten Wahlen kaum aufhören; die Spannung in der weltpolitischen Lage wird daher noch lange Zeit nicht schwinden. Trotz gegenseitiger Versicherungen des englischen Außenministers Chamberlain will die englische Außenpolitik die Eintreibung Rußlands fördern. Diefen Bestrebungen diene auch die Komreise Chamberlains, die die Fäden zwischen ihm und Mussolini noch enger knüpft, auch ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß die geplante Reise Chamberlains nach Berlin ebenfalls dem Zweck dienen soll, Deutschland zur Aufgabe seiner außenpolitischen Neutralität zu bewegen. Die Aufnahme Deutschlands in die Mandatskommission ist trotz des letzten Beschlusses des Völkerbundrates noch nicht endgültig gesichert. Soll Deutschland bei der Aufnahme in diese Kommission mit einigen Mandatsgebieten von höchst zweifelhaftem Wert abgeteilt werden und dafür seine Neutralität aufgeben? Sowohl die Annahme solcher Mandate wie die Aufgabe der Neutralität wäre verhängnisvoll. Wie wird sich aber die deutsche nationale Partei, die das Kriegsereignis und den Ausbruch der Ostbesetzungen gesehnet hat, sobald ihr die Erhebungen der Agrarfrage gegenüberstehen, verhalten? Ihr Rationalismus schießt nach Rußland, ihre reaktionäre Gesinnung aber sympathisiert mit der Politik der englischen Reaktionen. Ferner wird die Lage noch durch die Frage der Abschaffung der Belagerung im Rheingebiet, die nach Locarno eigentlich längst hätte durchgeführt werden sollen. Jetzt will man aber von Deutschland einen Preis dafür fordern und man kann Vermutungen darüber anstellen, was alles als Preis in Betracht kommen kann. Was Rußland selbst anbelangt, so konnte es den Bruch mit England wirtschaftlich überraschenderweise bisher gut ertragen, da das amerikanische Kapital (Standard Oil, Harriman usw.) in die Breiche sprang und auch andere kapitalistische Länder gern bereit sind, in Rußland Geschäfte zu machen, ja, scheinen die Geschäfte in England selbst weiter betrieben zu werden. Indessen wird die russische Lage außen- und innenpolitisch immer schwieriger. Die Ermordung des russischen Befehlshabers Wostkow hätte zum Krieg führen können, wenn Polen durch die Anleiheverhandlungen mit den Vereinigten Staaten, die angeht die Passivität der polnischen Handels-

bilanz dringend nötig waren, nicht an der Entfesselung eines kriegerischen Konflikts gehindert worden wäre. In China ertitt die russische Politik eine schwere Schlappe. Nicht nur die Kantonregierung unter Tschiangkai-shek, sondern auch die radikalere Hankau-Regierung und der früher bolschewistische „Christliche“ General Feng haben sich von Rußland losgesagt, ja, hat die kommunistische Partei Chinas selbst die Befolgung der Weisungen der kommunistischen Internationale verweigert, worüber in Moskau heftige Aufregung herrschte. Die Entfesselung einer kommunistischen Bauernrevolution in China scheint zu keinem Erfolg geführt zu haben.

Die Kriegsrüstungen werden überall rüstig gefördert. In Frankreich wurde kürzlich das Armeegesetz angenommen, welches im Falle einer Mobilmachung dem Staat schier uneingeschränkte Verfügung über Leben und Arbeitskraft der ganzen Bevölkerung einschließlich Frauen und Kinder, auch in den afrikanischen Kolonien, sichert. Ein Widerstand gegen den Krieg wird nur durch revolutionäre Mittel möglich sein, und bei Ausbruch des Krieges kann eine jede kriegsgegnerische Bewegung unterdrückt werden. Das Besetz Paul Boncourt will Maßnahmen für die Ausschaltung der Kriegsgewinne schaffen, d. h. für die Verbilligung des Krieges, wobei auf Grund der Kriegserfahrungen stark bewiesen werden muß, ob durch das geplante Verquisitionsrecht die Kriegsgewinne in Wirklichkeit verschwinden werden. Fieberhaft rüftet Italien, wo sämtliche Munitionsbetriebe, die Werte für Herstellung von Luftschiffen und Tanks, die Werte für den Bau der Kriegsflotte durch Staatsaufträge voll beschäftigt sind. Die französische Schwerindustrie soll demnächst aus Polen große Bestellungen für Kriegsrüstungen erhalten. Die ungarische Regierung erhielt von der militärischen Kontrollkommission die Erlaubnis, die Munitionsfertigung weitgehend auszubehnen.

Kann es unter solchen Umständen wundernehmen, daß die von den Vereinigten Staaten einberufene Flotten-Abfertigungskonferenz bisher keinen Erfolg hatte, und ihre Verhandlungen voraussichtlich nur mit einem faulen Kompromiß enden werden? Frankreich und Italien, die zur Konferenz eingeladen waren, haben von vornherein abgelehnt und so blieben nur die Vereinigten Staaten, England und Japan als Teilhaber übrig. Bei der Washingtoner Abfertigungskonferenz von 1924 wurde die Einschränkung der Großkampfschiffe nach einem bestimmten Schlüssel beschlossen, was damals um so leichter möglich war, weil die vollkommene Untauglichkeit dieser Schiffsklassen für einen künftigen Krieg von Sachverständigen ganz eindeutig festgestellt wurde. Mussolini will ähnliche italienischen Großkampfschiffe demnächst als für den Kriegfall unbrauchbares Eisen abräumen. Jetzt wurde in Genf über Zerstörer, U-Boote, vor allem aber über Kreuzer verhandelt. Die Vereinigten Staaten möchten die Tonnage für Kreuzer einschränken, dafür aber den Bau von großen Kreuzern fördern, während England umgekehrt eine hohe Tonnage für Kreuzer mit geringerem Tonnagegehalt für die einzelnen Schiffe wünscht. Falls das Verhältnis 1:1 für die Vereinigten Staaten und England auch für die kleineren Fahrzeuge angenommen und die von England geforderte Kreuzertonnage festgesetzt würde, so müßten die Vereinigten Staaten, statt abzurufen, eine große Ausbehnung ihrer Bautätigkeit für Kreuzer entfalten.

Das Vordringen des Faschismus trägt dazu bei, die kriegerische Spannung weiter zu steigern. Der italienische Faschismus, der kürzlich die letzten Reste der Bewegungsfreiheit abgeschafft hat, betont bei jeder Gelegenheit seine kriegerischen Absichten. Der von Italien geförderte Konflikt Albanien mit Jugoslawien konnte vorläufig auf diplomatischem Wege

durch Nachgeben Jugoslawiens, das sein Ultimatum an Albanien zurückzog, beseitigt werden, ohne jedoch den Konflikt selbst zu entfernen; die Spannung bleibt weiter bestehen. Auch ist Italien bemüht, Griechenland in den faschistischen Bannkreis zu ziehen. Das Verhalten des polnischen Diktators Pilsudski, der sowohl den Senat wie den Sejm auseinandertrieb, sobald diese die ihnen von Pilsudski anbeholdenen Befehle, vor allem die vollständige Knebelung der Pressefreiheit nicht annahm, ist ebenfalls ein Zeichen des Vordringens der auf Gewalt beruhenden faschistischen Methoden. Die rumänischen Wahlen haben der liberalen Partei von Bratianu, welche die faschistische Partei von Averescu abgelöst hat, eine Mehrheit verschafft. Indessen bediente sich auch die liberale Partei, welche das Industrie- und Finanzkapital vertritt, bei den Wahlen derselben Gewaltmittel wie die faschistische. Dem Wahlerfolg gelang es, die Zahl der Sitze der liberalen Abgeordneten von 25 auf 80 zu erhöhen. Die blutigen Ereignisse in Wien, die im Anschluß an das die faschistischen Arbeitermörder freisprechende Urteil ausgebrochen sind, sind letzten Endes ebenfalls die Folge faschistischer Terrorakte. In Oesterreich vermag freilich die Arbeiterchaft die faschistischen Gruppen niederzuhalten, indessen macht der italienische und ungarische Faschismus bereits Anstalten, gegen die österreichische Arbeiterchaft bewaffnet vorzugehen. Es ist möglich, daß vom Faschismus her der österreichischen Arbeiterchaft noch schwere Gefahren drohen.

Der koloniale Imperialismus zeitigte in den letzten Wochen ebenfalls schwere Konflikte. Als das ägyptische Parlament den englischen Oberbefehlshaber der Armee nicht anerkennen bzw. sein Gehalt nicht bewilligen wollte, erschienen große englische Kampfschiffe in den ägyptischen Gewässern, um mit einer Strafexpedition zu drohen. Der Konflikt wurde durch ein Kompromiß teillich beigelegt. Die Gegenläufe zwischen Ägypten und England dauern aber in unerminderter Schärfe weiter an. Der Streit zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten hat sich in letzter Zeit weiter verschärft, weil letztere die Einführung amerikanischer Waffen auf mexikanisches Gebiet für gegenrevolutionäre Zwecke durch Aufhebung des Vertrages zur Verhinderung des Waffenschmuggels begünstigten, ja, hierzu in einem gewissen Sinne gerabazu aufforderten. Als Gegenmaßnahme verbot die mexikanische Regierung ihren Organen, in den Vereinigten Staaten Waren zu kaufen. Die Lage in China ist heute verwickelter als je. Die süblichen Machthaber kümmern sich nicht weiter um das Vorkommen der Großmächte und führen nach Gutdünken ihre Politik ein. Auch hat die Sowjetbewegung gegen englische Waren an Schärfe gewonnen. Ueber die Verteilung der Kräfteverhältnisse und die Aussichten in den verschiedenen kämpfenden Lagern läßt sich heute weniger als in den früheren Stadien des Bürgerkrieges Klarheit gewinnen. U. S.

Blütenlese aus Wertzeitsungen.

Ein halbes Hundert Wertzeitsungen, deren Auflage in die Hunderttausende geht, das ist die neueste Waffe des deutschen Unternehmertums gegen die aufstrebende Arbeiterchaft. Was man durch das Sozialistengesetz, durch den § 153 der Gewerbeordnung, durch schwarze Listen und Aussperrungen nicht erreichen konnte, soll jetzt auf „trodernen“ Wege versucht werden. Vom „Dinta“ in Düsseldorf aus ziehen die Apostel des Herrn Arnhold in alle Welt; von hier aus fliegen die Wertzeitsungen in alle Betriebe, die neue Heilslehre verkündend: Weltsgemeinschaft. Die Wertzeitsungen, wenigstens soweit das rheinisch-westfälische Industriegebiet in Frage kommt, stammen

Jungarbeiter!

Du stehst am Anfang vom Ende des Alten! Du beginnst erst dein Leben, das der Siebzigjährige bald beschließt.

Es soll und darf nicht das gleiche Leben der Entbehrung sein. Dafür hat der Alte gesorgt. Er hat uns ein Erbe hinterlassen, auf das wir allezeit stolz sein und das auch unsere Nachkommen heilig halten werden. Denn wir werden die Früchte seines schweren Kampfes schon zum Teil genießen können und unsere Nachkommen werden das Wert vollenden. Der Alte kämpfte nicht um seines Selbst willen, er kämpfte für die Zukunft, und wir wollen seinem Beispiel folgen.

Die Frucht fällt nicht unreif vom Baume. Alles, was der Alte erstrebt, wird uns noch nicht ganz zuteil werden. Aber darauf kommt es ja auch nicht an. Auch wir müssen an die Zukunft denken. Wenn wir ein Leben leben, auf das die Nachkommen stolz sein können, dann ist unser Leben und Streben nicht umsonst gewesen.

Das mußst du dir merken, junger Mensch!

Junges Mensch! Weich krafftvolle, weiche siegerbehebende Worte. Es ist ein Segen für die Welt, daß es auch junge Menschen gibt, daß das Alte immer wieder erneuert wird. Die Jungen werden einmal vollenden, was die Alten nicht erreichen konnten, weil ihr armes Leben zu kurz war.

Aber wir Jungen, alle Jungen der Arbeit, wir wollen da weiter kämpfen, wo die Alten aufhören.

Alle müssen an sich selbst arbeiten. Alle müssen ringen um die Kraft zu diesem großen Kampfe, den die Menschlichkeit erfordert. Wer wollte hier zurücksehen?

Wir alle müssen früh und spät daran denken: Es gibt ein Wert zu vollenden, wie keines noch die alte Kunst Gutenberg hervorgebracht!

Volkschulheim Dreißigader.

Inmitten des Thüringer Waldes, unweit der Stadt Meiningen, liegt auf einem Berge das Volkschulheim Dreißigader. Jedes Jahr veranstaltet das Heim zwei Kurse, einen für Frauen und einen für Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die Kurse dauern je 4½ Monate und bieten somit der wertvollen Jugend günstige Gelegenheiten, sich frei von allen Nöten und Sorgen des Alltags, ihrer eigenen geistigen und seelischen Weiterbildung zu widmen.

Ziel der Schule ist nicht, die Schüler aus ihren Berufen heraus in andere, etwa in die sogenannten geistigen Berufe überzuführen; sie will keine Professoren oder Gelehrte schaffen, sondern Menschen, die neben ihrer Berufstätigkeit auch einen Sinn für das Allgemeine haben, die über ihren Beruf hinaus zu blicken vermögen und über ihre eigenen oft heimlichen Sorgen und Nöten. Menschen, die bewußt in und für die Allgemeinheit leben und wirken. Betretung von allen geistigen und seelischen Nöten, Klarheit über Pflichten und Rechte des einzelnen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, das ist das Ziel, welches die Schule für ihre Schüler erreichen will. Sider ist, daß derjenige, der seine Pflichten und Rechte genau kennt, seine Pflichten erfüllt, sich aber seine Rechte auch nicht nehmen läßt.

Diesem Ziel kommt die Schule nach durch die Methode ihres Unterrichts. Die Schule steht nicht auf dem Boden irgendeiner Partei, Weltanschauung oder Konfession, sondern sie ist überparteilich, d. h. neutral. Über Neutralität heißt

hier nicht Meinungslosigkeit, nicht Mangel an Stellungnahme überhaupt, heißt schon aus Besenkenntnis eigener Ansicht, aber ohne päpstlichen Anspruch auf alleinige Geltung in letzter Ehrfurcht vor anderer Ansicht, ohne vor allem die leiseste Absicht, zu befehlen. Beispielsweise wird ein Schüler, der als Kommunist hinget, nicht als Sozialdemokrat oder gar als Völkischer wieder hinausgehen, aber er wird in seinen Ansichten klar sein und sich himmelweit unterscheiden von den heillosigen Schlagwortkommunisten. Er wird wahrlich nicht noch an eine Weltrennung glauben, aber vorläufig den Forderungen unserer Tage Rechnung tragen und sich in praktischer Kleinarbeit, vor allem in den Gewerkschaften, betätigen, nicht zum Zwecke der Zerlegung der Gewerkschaften, sondern zum Zwecke ihrer Stärkung und Wachenhaltung, und vor allem wird er die Meinung Andersdenkender besser achten und würdigen können. Die Neutralität der Schule wird schließlich schon bestimmt durch die Verschiedenheit der politischen Gesinnungen ihrer Schüler.

Der Unterrichtsstoff erwächst aus den Fragen der Schüler selbst, welche von selbst alle Gebiete menschlichen Wissens umfassen. Die Fragen werden von den Lehrern in die einzelnen Gebiete, wie Volkswirtschaftslehre, Soziologie, Geschichte, Rechtswissenschaft, Kulturkunde, Philosophie usw. eingeteilt und dann in den Unterrichtsstunden in Form von Arbeitsgemeinschaften behandelt. Unter Leitung und Führung des Lehrers wird durch Fragen und Antworten an die einzelnen Probleme herangeführt, werden Probleme gewagt, wird der innerste Kern der Dinge bloßgelegt. Hierbei kommt es Dreißigader wiederum nicht auf die Fülle des Wissens, sondern auf die Tiefe des Eindringens und Erfassens an. Jedes Gebiet wird gründlich behandelt, und auch dem minderbegabten Kopf ist es möglich, sich in persönlicher, nach Wunsch stundenlanger Unterhaltung mit den Lehrern

aus einer gemeinsamen Stelle. Diese Tatsache sucht man dadurch zu verdecken, daß man für jedes größere Wert einen anderen Kopf und Namen wählt und eine besondere Seite für Wertsachrichten beifügt. Die Zeitungen wissen ihren wahren Charakter unter einem harmlosen Außern, unter Schlagworten wie Parteilosigkeit, Dienst an der Allgemeinheit usw. zu verbergen. Und doch schaut oft der Pferdefuß hervor.

Im folgenden soll versucht werden, aus dem Inhalt ein Bild von dem doppelten Gesicht und dem wahren Geist der Wertszeitungen zu geben.

Unter den Worten: Wertsgemeinschaft — Wirtschaftsfrieden, verbirgt sich die alte Herrschbegier des Unternehmertums. Die Taktik ist folgende: Zunächst muß der Arbeiter losgelöst werden von seinen Klassen-genossen außerhalb des Betriebes, im Lande, in der Welt. Sein ganzes Sinnen und Trachten soll sich auf den Betrieb beschränken; er soll nichts weiter sein als ein Hebel an der Maschine, ein freiesendes Rädchen im Getriebe. Man ist nicht so töricht, auf die Gewerkschaften zu schimpfen, aber man sucht bestimmte Einrichtungen und Zustände des öffentlichen Lebens verächtlich oder lächerlich zu machen. Vor allem die Parteipolitik muß herhalten. Als im Jahre 1925 der Genosse Braun zum preußischen Ministerpräsidenten wiedergewählt wurde, schrieb eine Wertszeitung:

„Den Gipfel der Zerfahrenheit stellt wieder einmal das Preußenparlament, wo der Küingel der Parteien uns zum vierten Male einen neuen preußischen Ministerpräsidenten beschert hat, von dem man wiederum nicht weiß, ob er nicht bei der nächsten Abstimmung nochmals in der Verfertigung verschwindet.“

Die Parteilosigkeit hört bei den Wertszeitungen natürlich auf, wenn das Volk vor wichtige Entscheidungen gestellt wird und man die Arbeiterstimmen braucht. Gelegentlich der Reichspräsidentenwahl wird Hindenburg über den grünen Klee gelobt und bei der Abstimmung über die Fürstenabfindung muß der Hindenburgbrief, worin der Reichspräsident sich als „Privatperson“ gegen die Fürstenenteignung ausspricht, als Sprachrohr dienen, um den eigenen Wünschen mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. — In einem Aufsatz zum Leisender Eisenbahnungslück wird gesagt:

„Und auch die Erziehung zum pflichtbewußten Menschen durch das Militär, die früher noch manden, der Jucht des Elternhauses und des Vorkührens Entlaufenen auf den rechten Weg brachte, diese strenge, aber gedehliche Jucht, derer noch heute viele Tausende von schaffensfrohen und tüchtigen, an Ordnung und Sitte gedöhnnte Arbeitsleute der Hand und des Geistes dankbar gedenken, fehlt heute.“

Natürlich kein Wort von den sozialen Zuständen, die zu jenem furchtbaren Verbrechen führten. Der Korporal, der preußische Unteroffizier als Lehrmeister des Volkes in Jucht und Sittlichkeit — Dem „deutschen Helden Schlageter“, dessen Bild die Titelseite einer Nummer ziert, wird ein wahrer Hymnus gewidmet und eine

„zu Herzen gehende Schilderung vom Leben und Wirken und Streben dieses nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat ferndes Mannes, der das Leben ließ für sein Streben um des Vaterlandes Ehre und Freiheit.“

Da man aber an vaterländischen Helden keinen großen Vorrat hat, muß man sich in der Fremde umsehen. Abd el Krim ist

„der tapfere Freiheitkämpfer, der sich keinen Friedensbedingungen beugen will. Er verteidigt seine Heimat und seine Freiheit. Vielleicht schlägt hier die Wage des Weltgerichts einmal nach der richtigen Seite aus.“

Und als dann die Wage doch wieder nach der Seite der stärksten Bataillone und schwersten Gewissade aus-

zu klären, die eben für die Schüler da sind und das Außerste um, den Wünschen jedes einzelnen gerecht zu werden und sich auch in Wahrheit des rückhaltlosen Vertrauens ihrer Schüler zu ihnen würdig erweisen.

Es sei noch bemerkt, daß selbstverständlich in einem Frauenkursus die gleichen Probleme behandelt werden wie im Männerkursus, wenigstens der Lehrplan, der sich ja aus den Bedürfnissen der Schülerinnen ergibt, sich im einzelnen wohl von dem männlichen unterscheiden wird. Für die Frauen bietet Dreihagader auch eine sehr günstige Gelegenheit, sich in ihrem Beruf als Mutter und Erzieherin auszubilden durch besprechen und studieren pädagogischer Fragen und Werke.

Neben harter geistiger Arbeit eines jeden einzelnen an sich selbst bietet das Leben im Heim auch mancherlei Freuden und Abwechslungen. Soweit nicht das gemeinschaftliche Leben aller und der Zweck der Schule durch die Willkür des einzelnen gestört oder in Frage gestellt ist, kann jeder tun und lassen was er will. Das Leben im Heim während der Dauer der Kurse ist zugleich ein Abbild des Lebens im sozialen Staat, wo es ja auch nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gibt, die ein Zusammenleben freier Menschen erst möglich machen.

Des Morgens um 7 Uhr ruft die Hausglocke auch den Schlaftrüben aus den Federn, und nach der üblichen Morgen toilette, verbunden mit Beimachen und Zimmerreinigung, wird um 8 Uhr das Frühstück im Speisesaal gemeinsam eingenommen. Von 9 bis 12 Uhr dauert dann der Unterricht in der beschriebenen Form mit einer viertelstündigen Pause um 10½, welche gleichzeitig dem Postempfang dient, an. Um 1 Uhr wird gemeinsam Mittag gegessen und von 2 bis 4 Uhr körperliche Arbeit geleistet. Nach Gruppen geordnet, reinigen

schlag und Abd el Krim sich ergab, tröstete man sich mit seinen militärischen Erfolgen,

„die doch größer sein müssen, als man ahnt. Denn anders können wir uns die Räumung der Sanktionsstädte Düsseldorf und Duisburg nicht gut erklären.“

Während in Bulgarien der weiße Schrecken wütet, schreibt eine Wertszeitung: „Die Kommunistenherrschaft in Bulgarien ist immer noch nicht ausgerottet.“

Diese Proben mögen genügen, um die politische Gesinnung der Wertszeitungen zu entlockern. Das Ziel, das wir oben schon andeuteten, ist leicht zu erkennen: der Gedanke der Solidarität aller Arbeiter im Lande und in der Welt muß zer schlagen werden und an seine Stelle ein enghirniger Nationalismus gesetzt werden. Das ist die Vorstufe für das eigentliche Ziel, für die Wertsgemeinschaft. Worte müssen oft dazu dienen, Gedanken zu verbergen. Wer sich unter Wertsgemeinschaft etwa ein gleichberechtigtes Zusammenwirken von Unternehmer und Belegschaft denkt, der wird durch die Wertszeitung eines besseren belehrt: „Niel zu viel wird über Wirtschaftsdemokratie gesagt!“ und:

„Die große Masse wird nie aus eigener Kraft das Tor zur neuen Zeit sprengen. Einzelne Führer werden berufen sein, die Schlüssel zu handhaben und endlich einer unter ihnen, die Klinke herunterzudrücken.“

Damit der Leser nicht in Zweifel gerät, wer diese Führer sein sollen, werden Lebensbilder großer Männer aus der Industrie gezeigt und andererseits dem Arbeiter Bescheidenheit gepredigt:

„Der Mensch ist geboren zum Arbeiten, wie der Vogel zum Flug.“

„Warum suchst du die Ruhe, da du zur Arbeit geboren bist?“

„Arbeit ist des Bürgers Stierde, Segen ist der Mühe Preis, Ehrt den König seine Würde, Ehret uns der Hände Fleiß!“

In einem Aufsatz über Lohn- und Dividendenpolitik wird zur Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter gesagt:

„It also die Summe, die als Dividende heute auf die Kapitalisten gezahlt wird, absolut keine Quelle für eine irgendeine auch nur nennenswerte Befriedigung von höheren Lohnansprüchen (vorher hatte man ausgerechnet, daß bei einer Verteilung aller Dividenden auf den Kopf des Arbeiters eine Summe von 270 M. jährlich entfällt. D. B.), so ist es weiterhin auch grundsätzlich abzulehnen, eine Gewinnbeteiligung auf dieser Basis herzustellen, die ohne Gegenleistung erfolgt. Der Arbeiter soll nicht nur einseitig am Gewinn beteiligt werden, er muß auch den Verlust tragen.“

Da es heute leider noch umgekehrt ist, daß nämlich der Arbeiter das Risiko zu tragen hat, der Unternehmer aber die Dividende einstreicht, muß man sich auch schon mal mit der Not der Arbeiter beschäftigen. Da erklingt denn das alte Ciopapao vom Himmel:

„Und doch, mag der Gabentisch, den wir unsern Lieben herrichten können, noch spärlicher und dürftiger besetzt sein, als in vorausgegangenen Jahren, mag er vielleicht sogar ganz leer bleiben, er hat mit der Weihnachtsfreude, dem Weihnachtslicht doch nur äußerlich etwas zu tun. Er ist gleichsam nur ein Trabant der Feststimmung und — wie oft hat er sie nicht schon durch Enttäuschungen, die er bereitet, arg gestört. Nein, der Gabentisch mit seiner Kernlichkeit und seiner Leere braucht uns nicht Kummer zu bereiten. Denn: rechte Freude kommt nicht von außen, sondern von innen, vom Herzen.“

die einen das Haus, schälen die andern Kartoffeln und pühen das Gemüse für die Küche, pflügen die andern den Acker, mähen das Korn, binden die Garben oder ernten im Herbst das Obst — was hätte die angenehmste Beschäftigung ist. Alle diese Arbeiten werden mit dem nötigen Ernst, aber auch mit Humor und oft mit Gesang verrichtet.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl, die enge Verbundenheit der Schüler untereinander und schließlich die Liebe zur Sache bringt es mit sich, daß ein jeder so viel leistet als er vermag, und das genügt. Nach dem Kaffeetrinken folgt von 4 bis 7 Uhr die Selbstbeteiligung jedes einzelnen Schülers auf seinem Zimmer, und wenn es Spaß macht, mit seinen Büchern in den Wald zu wandern oder am Abhang des Berges zu liegen, den stört niemand als die Glöcke, die um 7 Uhr zum Abendbrot ruft. Nach dem Abendbrot werden mehrmals in der Woche gesellige Abende, verbunden mit Musikdarbietungen oder Vorträgen aus den Werken großer Menschen oder ähnlichen Dingen, veranstaltet. Um 10 Uhr geht es in die Kasse, und wenn es dazu nicht treibt, der mag noch weiter bis zum Morgengrauen beim Schein der elektrischen Lampe über seinen Büchern grübeln oder auf nächsten Streifzügen durch Wald und Feld den Sternenhimmel in seiner Schönheit bewundern.

Wer von den Besern durchdrungen ist von dem Glauben an ein besseres Dasein, der sollte sich diese günstige Gelegenheit zur Weiterbildung nicht entgehen lassen. Er wende sich zwecks Anmeldung direkt an die Leitung des Volkshochschulhelms Dreihagader bei Meinigen in Thüringen. Das Schulgeld beträgt für Thüringer 35, für Nichtthüringer 40 Tagnelöhne des jeweiligen Verdienstes des Bewerbers und fallen in Raten eingezahlt werden. Die Schüler erhalten dafür außer dem Unterricht auch Kost, Wohnung, Heizung und Licht für die Dauer des Kurses frei. J. K., Berlin.

Und ferner:
„Es ist ein Bild voll Zartheit und Kraft, das ich mir jetzt ausmale. Eine Familie um den Tisch versammelt und der Hausvater liest aus der Bibel den Abendsegen. Mutter hat das Jüngste auf dem Schoß und die Größeren Handarbeiten. Wolle Gott, so wäre es in vielen deutschen Häusern. Deutschland, unser herrliches Vaterland, würde es bald spüren.“

An einer anderen Stelle wird die gute alte Zeit gefeiert, wie sie sich im Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter spiegelt, und zwar in einem Brief, der in den 1880er Jahren von einem westfälischen Grubenbesitzer anlässlich der Feier seines Dienstjubiläum geschrieben wurde. Die Arbeiter hatten ihm ein Fest bereitet, wovon der Gefeierte sich also vernehmen läßt:

„Nachdem ich nun vortrat, um mit meinen lieben Arbeitern zum bestimmten Lokale zu gehen, wurde ich nochmals überrascht, hier stand ein Wagen fertig und ich mußte einsteigen und es ging mit Fackeln zum Festlokale. Hier war der Saal von den Arbeitern aufs Schönste dekoriert, ein betränkter Sessel, eine lange Pfeife und Tabak bezeichneten meinen Platz. ... Trogend ich das Bier in Wasse zur Verfügung stellte, und um 2 Uhr noch, wo ich nach Hause ging (nein, ich wurde wieder gefahren), ein 100-Liter-Faß frisch ansetzen ließ, hat kein Mißton die Feier getrübt. Ich bin stolz auf meine Arbeiter!“

Wir müssen gestehen, aus diesen Proben läßt sich kein bestimmter Schluß auf das Wesen der Wertsgemeinschaft ziehen. Mal taucht das patriarchalische Verhältnis des vorigen Jahrhunderts, mal der Standpunkt des Herrn im Hause der Vorkriegszeit als Idealbild auf. Schärste Ablehnung erfahren jedenfalls alle Ideen, die auf eine Gleichberechtigung oder auch nur Mitbestimmung der Arbeiter hinauslaufen. — Eine besondere Sache sind die Ehrenstatuen der Jubilare. In den Jahren 1925/26 ist verschiedentlich das Werkgeschick passiert, daß zur selben Zeit, wo die Wertszeitung das Bild eines Veteranen mit lobender Anerkennung brachte, besagter Veteran seine Entlassung „wegen Arbeitsmangel“ bekam. — Als goldene Lebensregeln werden folgende Weisheiten festgelegt:

„Jeden Morgen einige rhythmische Übungen und Atemgymnastik treiben, stets mit Wohlbehagen und frei von aller Hast frühstücken, häßliche Gedanken vermeiden und mehr an das Gute und Schöne denken, sich so lange und oft es nur eben geht, in frischer Luft aufhalten.“

Wenn dem Arbeiter solche Mahnungen von ärztlicher Seite gesagt werden, gut und schön. Die Wissenschaft soll ja voraussetzunglos sein und braucht sich nicht darum kümmern, ob die Bedingungen zur Befolgung solcher Regeln gegeben sind. Aber in die Spalten eines Unternehmerrates, dessen Wäter ständig über die hohen Löhne klagen und gegen die Vertikung der Arbeitszeit kämpfen, passen solche Weisheiten wie die Faust aufs Auge. Besonders dem Hüttenarbeiter mit seiner Zwölfstundenschicht werden weitere Anregungen, wie er seine freie Zeit verbringen soll, sehr willkommen sein.

Soll man über den Beschmaß streiten, wenn in einer Nummer gebildet wird:

„Trink dir ruhig deinen Schoppen abends nach des Tages Last!“

und in einer andern Nummer von demselben „Dichter“:

„Freund, laß ab vom vielen Trinken, von dem Schnaps und vom Bier.“

Oder wenn unter dem Titel ein nationaler Schuldroman „Die Rache der Verlassenen“ erscheint? Sobald hier die Linie der anerkannten klassischen Literatur verlassen wird, verläßt man auf den ödesten Tratsch, Doch das nur nebenbei.

Es kam uns hier darauf an, das wahre Gesicht der Wertszeitungen zu zeigen. Dazu war notwendig, aus der Fülle des Stoffes eine Auswahl zu treffen. Die nationalistische und arbeitserfeindliche Gesinnung, wie sie hier in gedrängter Zusammenstellung erscheint, ist allerdings unter einem Wust von harmlosen Alltagsweisheiten und schönen Worten verborgen. Ein Tropfen Gift auf hundert Tropfen Wasser! Der Patient darf nicht merken, wie er allmählich vergiftet wird. Der Mantel der Harmlosigkeit und politischen Neutralität deckt in dessen nur unvollkommen die Merkmale des Machtwillens der Unternehmer, der politischen Reaktion und der Gewerkschaftsfeindschaft. („Metallarbeiter-Zeitung“.)

Erweiterung des Mutterschubes.

Bevor der Reichstag in die Sommerferien gegangen ist, hat er u. a. auch das Gesetz über den Schutz der Frauen vor und nach ihrer Niederkunft verabschiedet. Der Mutterschub hat damit eine neue Erweiterung erfahren. Das Gesetz bringt folgende Bestimmungen:

Weibliche Arbeitnehmer dürfen sechs Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden. Hat die Niederkunft für die Frau krankheitsfolgen gehabt, so ist sie berechtigt, weitere sechs Wochen die Arbeit zu verweigern. Auch die schwangere arbeitende Frau kann sechs Wochen vor ihrer Niederkunft, bei Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses, die Arbeit verweigern.

Der Arbeitgeber darf in der Zeit von sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft, das Arbeitsverhältnis der weiblichen Arbeitnehmer nicht kündigen. Eine trotzdem in dieser Zeit ausgesprochene Kündigung ist unwirksam. Der Kündigungsschutz erweitert sich um weitere sechs Wochen nach der Niederkunft, wenn die weibliche Arbeitnehmerin, durch Krankheit, die als Folge der Niederkunft oder der Schwangerschaft eingetreten ist, an der Arbeit verhindert ist.

Eine Kündigung, die vor Beginn der Schutzfrist ausgesprochen worden ist und deren Ablauf in die Schutzfrist fällt, ruht während der Schutzfrist.

Diese Schutzbestimmungen erstrecken sich auf alle gewerblichen Arbeiterinnen und auf alle weiblichen Angestellten, die der Krankenversicherungspflicht unterliegen, die weniger als 3000 Mark jährlich verdienen.

Nicht unter das neue Gesetz fallen die Landarbeiterinnen und die weiblichen Hausangestellten. Hierzu einige Worte.

Die Bürgerblockregierung lehnte die Einbeziehung der in der Landwirtschaft tätigen Frauen und die weiblichen Hausangestellten in das Gesetz mit der Begründung ab: Im Washingtoner Abkommen werden diese Berufsgruppen nicht berücksichtigt. Dies war nur eine faule Ausrede. Man hätte sehr wohl über das Washingtoner Abkommen hinausgehen können. Bei der Bürgerblockregierung waren für die Ablehnung politische Gründe maßgebend, nämlich, den Agrarern wollte man eine neue Gefälligkeit erweisen. Vorher hatte man ihnen schon den Zoll erhöht. Die Nichtinbeziehung der Landarbeiterinnen der weiblichen Hausangestellten in das Gesetz trifft aber diese besonders stark, da sie bisher schon einen einigermaßen annehmbaren Mutterchutz genießen. Die Landarbeiterinnen und die weiblichen Hausangestellten dürfen diesen bösen Streich, den ihnen die Bürgerblockregierung gespielt hat, nicht vergessen. Bei den nächsten Reichstagswahlen können sie der Bürgerblockregierung für ihr schiefes Verhalten die richtige Antwort erteilen.

Wie verkauert, soll der Reichsarbeitsminister sich mit dem Gedanken tragen, auch für die Berufsgruppen der weiblichen Landarbeiter und der weiblichen Hausangestellten dem Gesetz entsprechende Schutzbestimmungen zu erteilen. Wir werden ja sehen. Eine Korrektur ist ohne weiteres erforderlich.

Zu bemerken ist noch, daß das Gesetz über den Schutz der Frauen vor und nach ihrer Niederkunft mit dem 1. August 1927 in Kraft getreten ist.

Demokritos.

Rundschau.

Neue Postgebühren! Trotz aller Proteste und Eingaben ist uns zum 1. August eine Portoerhöhung von der Reichspost befohlen worden. Die Kollegen und Kolleginnen werden gebeten, bei ihrem schriftlichen Verkehr mit dem Verbandsvorstand und der Redaktion auf die erhöhten Portoforderungen zu achten. Die neuen Gebühren stellen sich ab 1. August für: Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 8 Pf., über 20 bis 250 Gramm 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 20 Pf.; im Fernverkehr bis 20 Gramm 15 Pf., über 20 bis 250 Gramm 30 Pf., über 250 bis 500 Gramm 40 Pf. Postkarten im Ortsverkehr 5 Pf., im Fernverkehr 8 Pf.

Druckfächer in Form einfacher Karten (auch mit anhängender Antwortkarte) 3 Pf., bis 50 Gramm 5 Pf., über 50 bis 100 Gramm 8 Pf., über 100 bis 250 Gramm 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 30 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 40 Pf.; Postwurfsendungen: Druckfächer 3 Pf., Mitbringendungen — Druckfächer und Warenproben — 6 Pf.

Geschäftspapiere, Warenproben und Mitbringendungen der ersten Gewichtsstufe (250 Gramm) 15 Pf. Briefchen bis 1 Kilogramm 40 Pf.

Wertsendungen für je 500 Mt. der Wertangabe Versicherungsgeld 10 Pf., Nachnahmegebühren: Vorseigegebühr 20 Pf.

Postanweisungen bis 10 Mt. = 20 Pf., über 10 bis 25 Mt. = 30 Pf., über 25 bis 100 Mt. = 40 Pf., über 100 bis 250 Mt. = 60 Pf., über 250 bis 500 Mt. = 80 Pf., über 500 bis 750 Mt. = 1 Mt., über 750 bis 1000 Mt. = 1,20 Mt.

Telegraphengebühr bei Vorauszahlung durch den Absender für jede Briefsendung usw. im Ortspostbezirk 40 Pf., im Landpostbezirk 80 Pf., für Pakete (einschließlich der Paketkarten) im Ortspostbezirk 60 Pf., im Landpostbezirk 1,20 Mt., Gebühr für dringende Pakete 1 Mt.

Postschekverkehr. Für Einzelschulden auf Zahlkarten bis 10 Mt. = 10 Pf., von 10 bis 25 Mt. = 15 Pf., von 25 bis 100 Mt. = 20 Pf., von 100 bis 250 Mt. = 25 Pf.; in den folgenden Stufen bis 1250 Mt. bleiben die Gebühren unverändert. Für die Beförderung der Postschekbriefe ist bei Benutzung der besonderen geben Briefumschläge fortan 5 Pf. Porto zu zahlen.

Telegramme. Wortgebühr für Inlandstelegramme im Ortsverkehr 8 Pf., im Fernverkehr 15 Pf. Ab 1. Oktober 1927 treten folgende Gebühren in Kraft:

Pakete. 1. Zone (bis 75 Kilometer) bis 5 Kilo 50 Pf., für jedes weitere 10 Pf.; 2. Zone (über 75 bis 150 Kilometer) bis 5 Kilo 60 Pf., für jedes weitere Kilo 20 Pf.; 3. Zone (über 150 bis 375 Kilometer) bis 5 Kilo 80 Pf., für jedes weitere Kilo 30 Pf.; 4. Zone (über 375 bis 750 Kilometer) bis 5 Kilo 100 Pf., für jedes weitere Kilo 40 Pf. **Zeitungsgeld** für monatlich einmaliges Erscheinen von Zeitungen im durchschnittlichen Nummergewicht bis 30 Gramm = 1/2 Pf., über 30 bis 50 Gramm = 2 Pf., über 50 bis 100 Gramm = 4 Pf., für monatlich zweimaliges Erscheinen von Zeitungen im durchschnittlichen Nummergewicht bis 30 Gramm = 3 Pf., über 30 bis 50 Gramm = 4 Pf., über 50 bis 100 Gramm = 8 Pf.

250 Millionen Neubelastungen durch die Portoerhöhung. Das graulame Spiel mit der Portoerhöhung ist zu Ende. Der derzeitige Minister der Reichspost hat seinen Willen durchgesetzt, die Gebühren für die Post werden um 50 Proz. und mehr erhöht. Dadurch wird das deutsche Wirtschaftsleben mit rund 250 000 Millionen Mark neu belastet. Der Abschluß der Reichspost für das Jahr 1926 wurde während der Debatte über die Gebührenerhöhung, also zur rechten Zeit, veröffentlicht. Es zeigte sich, daß die Reichspost im Jahre 1926 einen Ueberschuß von 125 Millionen Mark gemacht hat. Dieser Ueberschuß wurde erzielt, nachdem reichliche Widersprüche, Rückstellungen und Ueberschneidungen an das Reich vorgenommen waren. Diese günstige Geschäftslage der Reichspost hat aber nicht daran gehindert, daß der Reichspostminister trotz der gegenseitigen Meinung des Reichstages auf die Erhöhung der Gebühren drängte. Der Verwaltungsrat der Reichspost hat den Erhöhungen mit ganz unwesentlichen Änderungen zugestimmt. Die Rationalisierung und Betriebsverbesserungen, die auch bei der Reichspost vorgenommen wurden, waren also umsonst. Die Vertreter der Privatwirtschaft haben in der Öffentlichkeit gegen die Gebührenerhöhung laut und deutlich protestiert. Man hat umfangreiche Statistiken veröffentlicht, daß eine Portoerhöhung im gegenwärtigen Augenblick die deutsche Wirtschaft empfindlich treffen würde. Dies alles hat aber nicht verhindert, daß die Vertreter der Privatwirtschaft im Verwaltungsrat in der Mehrheit für die Erhöhung der Portoforderungen gestimmt haben. Unter den Befürwortern der Erhöhung befanden sich auch die Vertreter der Beamtenliste. Der Vorsitzende des Zentralbetriebsrats der Arbeiterkassen hat mit den Vertretern der Gewerkschaften gegen die Vorlagen gestimmt. Die Tatsache, daß die Vertreter des Personals in ihrer Mehrheit für eine Belastung der Wirtschaft gestimmt haben, gibt der Anschauung neue Nahrung, solchen direkten Interessenten das Mitbestimmungsrecht in solchen Fragen, die die Allgemeinheit angehen, zu entziehen.

Die Erhöhung der Postgebühren wurde beschlossen. Die Wirtschaft hat erneut höhere Lasten zu tragen. Diese Erhöhung der Lasten kann eine Warenverteuerung auf der ganzen Linie nach sich ziehen. Zuleist ist es die große Masse, die jamm den alten auch die neuen Lasten zu tragen hat. Es ist der „Frankfurter Zeitung“ zuzustimmen, wenn sie zu dieser Frage schreibt: „Die besten Traditionen der Postverwaltung, der Grundlag Stephens von der Einfachheit und Billigkeit der Posttarife, von der verkehrsfördernden Aufgabe der Post, werden im Stich gelassen. An die Stelle der Einfachheit mit dem wirtschaftlichen Leben tritt eine rein mechanische Auffassung, welche die großen Verwaltungen zu reinen Zahnmaschinen macht, bei denen alle organische Entwicklung keine Berücksichtigung mehr findet.“ — Wie sich der Reichstag zu dieser Brüsterung verhält, muß abgewartet werden.

Verteilung der Arbeitslosen auf die Berufsgruppen. Das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz gibt in einer ihrer letzten Berichte einen Uebersicht über die Verteilung der Arbeitslosen auf die einzelnen Berufsgruppen. Danach ergibt sich folgendes Bild: Lohnarbeit wechselnder Art (ungelehrte Arbeiter) 28,8 Proz.; Metallverarbeitende und Maschinenbau 16,3 Proz.; Bergbau 6,9 Proz.; Gruppe Bergbau und Huttenwesen 3,2 Proz.; Baugewerbe 2,8 Proz.; Befeldungsgewerbe 2,6 Proz.; Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 2,6 Proz.; Spinnstoffgewerbe 1,5 Proz.; und die Gruppe kaufmännische Angestellten 7,6 Proz. Aus dieser Notiz geht hervor, daß der Arbeitsmarkt nach wie vor ein Problem der ungleichen Arbeiter ist.

Geringer Organisationsgrad der Frauen in der englischen Industrie. Die Zahl der weiblichen Industriearbeiter in England beträgt 4 150 000. Davon waren 1925 nur 470 907, d. h. weniger als 12 Proz., organisiert. In der Periode der Hochkonjunktur und hoher Löhne im Jahr 1920 belief sich die Zahl der organisierten weiblichen Arbeiter auf 1 340 000, ist aber unter der Wirkung der Lohnsenkungen um fast zwei Drittel zurückgegangen, obwohl seit 1920 die Zahl der weiblichen Arbeiter in der Industrie nach erheblich zugenommen hat. Auch hier hat es sich gezeigt, daß je geringer die Löhne sind, um so niedriger der Organisationsgrad. Die unter Beteiligung der Gewerkschaften tätigen Arbeitsämter (Trade Boards) für Industriezweige mit besonders niedrigen Löhnen und geringem Organisationsgrad haben die Frauensöhne im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich gesteigert. Während diese in den Betrieben mit mechanischer Kraft gegenwärtig durchschnittlich etwa 26 bis 28 Schilling in der Woche bei 48stündiger Arbeit betragen, wurde die Frauensöhne vor dem Krieg mit 7 Schilling 6 Pence bis 13 Schilling für die Woche bei einer viel längeren Arbeitszeit entlohnt. Das Fabrikgesetz erlaubt im übrigen eine Beschäftigung der Frauen bis zu wöchentlich 60 Stunden. Gegenwärtig ist ein Gehaltswort in Schweden, welcher die erlaubte Arbeitszeit für Frauen auf wöchentlich 54 Stunden beschränkt und dem Ueberschneidungen durch scharfe Vorschriften einen Riegel vorschieben soll.

In Frankreich keine Arbeitslosenversicherung. Der französische Senat hat das Gesetz über die Sozialversicherung, welches seit vielen oder acht Jahren dem Parlament vorliegt und immer wieder zurückgestellt wurde, endlich angenommen. Das Gesetz soll fast sämtliche Arten von Sozialversicherung, wie Kranken-, Unfall-, Altersversicherung, Mutterschafts-, Lebensversicherung und Familienzuschläge (Soziallohn) aufzunehmen und hat in der durch die Abgeordnetenversammlung angenommenen Form auch die Arbeitslosenversicherung eingeschlossen. Poincaré forderte aber, um die Erhöhung der Staatsausgaben zu vermeiden, die Ausschaltung der Arbeitslosenversicherung aus dem Gesetz. Die Rechtsparlamenten machten die Annahme des Gesetzes ebenfalls von dieser Bedingung abhängig. So wurde das Gesetz vom Senat ohne Arbeitslosenversicherung angenommen. Auch forderte Poincaré mit Rücksicht darauf, daß für das zu tragende Risiko keine brauchbaren Statistiken vorliegen, die Einschränkung der Leistungen der verschiedenen Arten der Sozialversicherung. Allein die Altersrente wurde erhöht, was eine Steigerung der Staatsausgaben von 100 auf 216 Millionen Franken herbeiführen wird. Ingesamt wird die Belastung der Sozialversicherung auf vier Milliarden Franken pro Jahr geschätzt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden zu Beitragsleistungen in gleicher Höhe herangezogen. Nun müssen aber die Arbeiter, um die Beiträge leisten zu können, eine Lohnerhöhung von etwa 10 Proz.

fordern, was angesichts der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftskrise außerordentlich schwer durchzuführen sein wird. Man muß daher fürs erste befürchten, daß die Einführung der Sozialversicherung mit dem Rückgang des Reallohns verbunden sein wird. Arbeitsunruhen werden unter solchen Umständen nur vermeiden werden können, falls es bis dahin gelingt, durch einen rationalen Preisabbau die Lebenshaltungskosten erheblich herabzusetzen.

Literatur.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Th. Schwarz. Redakteur: Lothar Schumann. 6. und 7. Heft 1927. Berlin: Verlagsgesellschaft des V.D.B.

Vom „Landarbeiter-Wohlfahrt“ ist soeben das Heft 8 erschienen. Zu beziehen ist das Landarbeiter-Wohlfahrt vom Verlag Endausgabe GmbH, Berlin SW. 48. Es erscheint alle zwei Monate 1 Heft. Preis des Einzelheftes 2 Mt., Bezugspreis für ein Jahr (4 Hefte) 10 Mt.

„Gesundheitspflege für das Volk.“ Heft 4 der im Verlag von G. Vietz u. Co. m. b. H. in München erscheinenden Gesundheitsbibliothek bringt aus der Feder des Münchener Hygienikers Dr. Julia Maria v. S. eine Abhandlung über das Thema: „Gesundheit und Ernährung“. Der gesunde Körper im Kampf um die Gesundheit schüßen und hürden will, wird Erkenntnis und Ausbeutung aus dem lebenswerten Nahrungsmittel geben.

Im Augustheft der „Arztzeitung“ (Heft 11 des 3. Jahrganges 1926/27) behandelt der bekannte Münchener Arzt und Sozialhygieniker Dr. med. Julian Wastale die Bedeutung des Wochenendes und Ferienurlaubs für den verdienstlichen Menschen. Wir können den Bezug der „Arztzeitung“ nur immer wieder empfehlen. Interessenten erhalten Probehefte kostenlos von der Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Bezugspreis: Aug. A (8 Hefte und 1 Brosch.) Buchgebundene 1,60 RM., Aug. B (8 Hefte und 1 in Cassinien geb. Buchgebundene) pro Vierteljahr 2,25 RM. Bestellungen nimmt entgegen jede Buchhandlung oder der Verlag direkt.

Abrechnungen.

In der Woche vom 25. bis 30. Juli sind bei der Hauptkasse die Abrechnungen des zweiten Quartals von den Gauen 4a (Nürnberg), 8 (Berlin) und Danzig eingegangen. In der gleichen Zeit kamen an Geldbeiträgen aus Nürnberg 5401,75 Mt., aus Danzig 1141,27 Mt. Berlin, den 30. Juli 1927.

H. Rodahl.

Für die Woche vom 7. bis 13. August 1927 ist die Beitragskarte für das 32. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu fleben.

Unserem langjährigen Mitglied und Gründer unserer Zählstelle

Paul Bitterlich und seiner lieben Gemahlin zu ihrem am 9. August d. J. stattfindenden silbernen Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Möge es ihm vergönnt sein, auch bei uns das silberne Verbandsjubiläum zu feiern. Zählstelle Chemnitz.

Unserem werten Kollegen Georg Roth nebst Frau zu dem am 27. Juli stattgefundenen Verbandsjubiläum nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegenliste der Zählstelle Düsseldorf.

ZÄHLSTELLE BERLIN

Am Dienstag, dem 9. August 1927, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 24/25 (Großer Saal).

Tagesordnung:

1. Vortrag über „Das neue arbeitsgerichtliche Verfahren“, Ref.: Ober-Regierungsrat Dr. Joachim.
2. Mitteilungen der Verwaltung.
3. Unsere Bildungsarbeit im Winter.
4. Verschiedenes.

Der Vortrag ist deswegen als aktuell zu bezeichnen, weil seit dem 1. Juli d. J. an die Stelle der Gewerksgerichts- und Schlichtungsausschüsse das neue Arbeitsgericht getreten ist und der Referent Dr. Joachim ein hervorragender Mitarbeiter bei der Schaffung dieses Gesetzes gewesen ist. Deshalb erlauben wir uns recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder.

Der Ortsvorstand: Otto Geth.

STERBETAFEL.

Nach langem Krankenlager verließ unser langjähriger Kollege

Bernhard Fiohr

(i. Fa. Frankfurter Societäts-Drucker) im Alter von 66 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die **Zählstelle Frankfurt a. M.**

Am 26. Juli verchied nach schwerem Leiden unsere treue Kollegin, Frau

Louise Schleritz

(Frma: Th. Reichardt-Werte) im Alter von 41 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr die **Zählstelle Hamburg.**

Am 21. Juli 1927 verchied nach mehrwöchiger Krankheit unser langjähriger, treuer Mitglied

Friedrich Ernst Abratzky,

geb. am 3. Juni 1864. — Ein ehrendes Gedenden bewahrt dem Verstorbenen die

Zählstelle Leipzig.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schütz. Christentum, Weltanschauung. — Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68.